

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Steffen Jäger, der Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg, hat zum Tag der Deutschen Einheit in einem Bürgerbrief explizit auf die finanziell angespannte Situation der Kommunen als Rückgrat unseres Staates hingewiesen. Die Zukunftsfähigkeit unseres Staates hängt in hohem Maße von der Handlungsfähigkeit der Kommunen ab. Hierzu bedarf es mutiger gesamtstaatlicher Reformen: weniger Überforderung der staatlichen Systeme, mehr Ehrlichkeit und mehr Eigenverantwortung.

Ich erwarte von der Bundesregierung, dass im „Herbst der Reformen“ Entscheidungen für echte Reformen gefasst werden, die die Handlungsfähigkeit des Staates und insbesondere der kommunalen Ebene als Ort, an dem sich der Alltag der Menschen abspielt, wiederherstellen. Bürokratie lähmt dieses Land in allen Lebensbereichen und kostet Unsummen ohne signifikanten Nutzen. Der solidarische Sozialstaat ist für die Hilfebedürftigen da, nicht für Menschen, die auf Kosten der Allgemeinheit ihr Leben genießen. Werden den Kommunen vom Bund oder dem Land Aufgaben zugewiesen, müssen auch die erforderlichen Mittel auf Dauer fließen, nicht nur als investive Anschubfinanzierung.

Persönlich füge ich noch hinzu: Entscheidungen auf allen politischen Ebenen müssen sich am Allgemeinwohl ausrichten und nicht durch den Versuch verwässert werden, krampfhaft jedes Einzelinteresse irgendwie noch einzubeziehen, nach dem Motto: „Nur wer laut schreit, bekommt Gehör“. Gelingt dies nicht, werden sich noch mehr Menschen den populistischen Heilsversprechern zuwenden.

Dieser Doppelhaushalt 2026/2027 wird unter neuen Rahmenbedingungen beraten: Nach einigen sehr guten Jahren führt die konjunkturelle Schwäche der Wirtschaft bundesweit zu einem massiven Steuerausfall, der die öffentlichen Kassen auf allen politischen Ebenen zum Wanken bringt. Der Bundeshaushalt 2026 wird - trotz Sondervermögen - zu einem Drittel über Kredite finanziert. Der Doppelhaushalt des Landes steht unter Druck; für die Verteilung des Sondervermögens soll noch vor Weihnachten ein Nachtragshaushalt verabschiedet werden. Die Landkreise in Baden-Württemberg drohen unter den Soziallasten und der Krankenhausfinanzierung zusammenzubrechen. Dabei steht der Landkreis Esslingen noch ordentlich da. Die Städte und Gemeinden stehen unter großem Druck, um die vielen durch die Bundes- und Landespolitik bestimmten Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Die Uhr tickt! Wenn die Politik nicht schnell die Rahmenbedingungen für die Landkreise, Städte und Gemeinden verbessert, werden in den nächsten Jahren in Baden-Württemberg die ersten Kommunen in die Knie gehen.

Finanzfachleute sind sich einig: ausgeglichene Haushalte werden in den kommenden Jahren nicht erreicht; das neue Ziel sind genehmigungsfähige Haushalte und nach Einschätzung der Stadtverwaltung wird **dieser** Entwurf dieses Ziel erreichen.



Plochingen ist derzeit noch resistent und profitiert heute von der klugen und vorausschauenden Finanzpolitik der letzten Jahre. Gemeinderat, Bürgermeister und Stadtverwaltung haben den städtischen Haushalt konsolidiert und gleichzeitig zahlreiche städtische Gebäude modernisiert und energetisch saniert, was sich allerdings bei den Abschreibungen mit rund 3,4 Mio. € jährlich niederschlägt.

Seit der Einführung der kommunalen Doppik im Jahr 2013 können wir die Entwicklung gut dokumentieren. Nachfolgend einige Zahlen für den Konzern Stadt Plochingen:

Bilanzvolumen	2013	137,0 Mio. €	2024	251,5 Mio. €	+ 114 Mio. €
Sachvermögen	2013	107,9 Mio. €	2024	192,3 Mio. €	+ 85 Mio. €
Geldvermögen	2013	25,5 Mio. €	2024	50,8 Mio. €	+ 25 Mio. €
Verschuldung	2013	24,2 Mio. €	2024	47,8 Mio. €	+ 23 Mio. €

Sach- und Geldvermögen sind in 11 Jahren also um fast 110 Mio. € gestiegen, die Verschuldung lediglich um knapp 23,6 Mio. €. Investitionen schaffen nicht nur Zukunft, sondern auch Vermögen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit.

Die noch guten Ausgangsbedingungen sind jedoch kein Ruhekitzchen.

Ohne wirtschaftlichen Aufschwung werden die nächsten Jahre ein großer finanzieller Kraftakt. Bereits der Haushalt 2025 steht erheblich unter Druck. Die Rücklagen aus den Vorjahren ermöglichen uns, die Einnahmeausfälle ein gutes Stück auszugleichen. Entscheidend ist deshalb der kritische Blick auf die Ausgaben.

Die Stadtverwaltung arbeitet schon seit Mai 2025 intensiv an der Aufstellung des Haushalts. Am 23. Juli wurden in der Haushaltsstrukturkommission erste Zahlen genannt und grundsätzliche Themen angesprochen. Das dabei aufgezeigte Defizit für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 hat die Stadtverwaltung durch weitere Ausgabenreduzierungen und Einsparungen um 1,9 bzw. 3,6 Mio. € reduziert. Der Haushaltsentwurf geht nun von Fehlbeträgen im Ergebnishaushalt von 3,9 Mio. € im Jahr 2026 und 1,8 Mio. € im Jahr 2027 aus. Durch die Investitionen entsteht im Finanzhaushalt eine Deckungslücke von 17,3 Mio. € in beiden Jahren, die noch weitgehend über liquide Mittel aus den Vorjahren gedeckt werden können.

Dabei wurden schon Vorschläge der Fraktionen umgesetzt. Im Laufe der Haushaltsberatungen müssen weitere Themen diskutiert und kommunalpolitisch entschieden werden.

Die Debatte in der vergangenen Sitzung im Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft war ein Vorgeschmack mit einem - meiner Meinung nach - tragfähigen Ergebnis. Die schwierigen Themen mit möglichen Einschnitten bei städtischen Dienstleistungen oder über Steuern und Gebühren kommen noch.



Die Stadtverwaltung hat den Haushaltsentwurf ohne eine Erhöhung von Gewerbe- und Grundsteuer aufgestellt. Allerdings sind teilweise deutlich steigende Gebühren unvermeidlich.

Offen ist, wie sich der „Herbst der Reformen“ konkret auf den Haushalt auswirkt.

Grundsätzlich positive Ergebnisse über die Weitergabe der Sonder-Investitionsmittel des Bundes und die Betriebskostenfinanzierung beim Ganzttag im Primarbereich erzielte die gemeinsame Finanzkommission von Land und Kommunen. Vieles hängt jetzt davon ab, wie diese Absprachen konkret im Nachtragshaushalt des Landes und in begleitenden Gesetzen umgesetzt werden. Deshalb sind diese zusätzlichen Einnahmen noch nicht konkret zu beziffern und werden in einem Änderungsverzeichnis nachgeführt. Hier zeigt sich, wie wichtig die Doppelmitgliedschaft in Gemeindetag und Städtetag für Plochingen ist, um sich für gute Lösungen einzubringen.

Die Kommunen – Landkreise, Städte und Gemeinden - waren zwar schon immer die staatliche Ebene, die politische Vorgaben aus Berlin und Stuttgart erfüllen muss.

Angesichts vieler wichtiger Themen wie das Erreichen der Klimaschutzziele, die Energie, Wärme- und Mobilitätswende, eine verlässliche und qualitätsvolle Kinderbetreuung, gute Bildungs- und Betreuungsangebote an den Schulen, soziale Dienstleistungen und Leistungen sowie die Integration von Flüchtlingen müssen sich die Verantwortlichen die Frage stellen, wie dieser Staat auf Dauer finanziert werden soll.

Problematisch ist die ständige Zuweisung von zusätzlichen Aufgaben ohne ausreichende Finanzierung. Die Selbstverwaltungsgarantie aus Artikel 28 II GG wird immer weiter beschnitten. Auf das hohe Defizit der Kinderbetreuung weise ich regelmäßig hin. Der Ausbau der Ganztagesangebote an den Grundschulen verursacht genauso Lücken im Haushalt wie die Schulsozialarbeit oder die Unterbringung von Flüchtlingen.

Bundes- und Landespolitik müssen endlich bei ihren Entscheidungen die mittel- und langfristige Wirkung auf die Kommunen als Leistungserbringer berücksichtigen, denn die Diskrepanz zwischen politischen Zielen und dem Machbaren wird immer größer.

1. Personalaufwand

Eine schwere Hypothek für den Haushalt sind die Personalkosten. Die letzten Tarifabschlüsse, Stellenbewertungen und -mehrungen führen zu deutlichen Steigerungen. Die Stadtverwaltung hat deshalb den Stellenplan mit spitzem Bleistift durchforstet, Ballast abgeworfen und ist frühzeitig in die Abstimmung mit dem Gemeinderat gegangen.



Zusätzliche Stellen werden bei der Kinderbetreuung durch die Übernahme des Kindergartens St. Konrad, den Ganztagesbetrieb am Oberen Schulzentrum sowie bei der Unterstützung der Vereine und im Standesamt geschaffen. Unterm Strich kann die Stadtverwaltung nachweisen, dass diese zusätzlichen Stellen weitgehend kompensiert sind.

Die Bundesregierung hat mittlerweile Überlegungen für einen effizienteren Staatsaufbau und zum Bürokratieabbau auf den Weg gebracht. Ich erhoffe mir, dass sich dies tatsächlich durch Arbeitserleichterungen im Alltag niederschlägt, z.B. durch bundeseinheitliche Verfahren im Melderecht bzw. bei den Pässen und Personalausweisen.

Effizientere Arbeitsabläufe sind ein Dauerthema in der Stadtverwaltung, um mit dem vorhandenen Personal die laufenden Aufgaben gut zu bewältigen. Bei der Digitalisierung von Dienstleistungen sind wir auf einem guten Weg, aber viele Veränderungen sind eher zäh, wie aktuell die Einführung des digitalen Postein- und Ausgangs zeigt, die bis Ende 2026 abgeschlossen sein soll.

Leider zeigt sich regelmäßig, dass gewonnene Arbeitszeit schnell durch neue Aufgaben oder steigende Anforderungen wieder aufgezehrt wird, z.B. im Bereich Datensicherheit und Datenschutz oder beim Zivil- und Bevölkerungsschutz oder beim Arbeitsschutz.

Gestatten Sie mir zum Thema Personal abschließend noch die Anmerkung, dass die Stadtverwaltung ihre vielen Aufgaben durch eine Priorisierung nach fachlichen Kriterien bewältigt. Als Stadträte haben Sie unbestritten das Recht, Fragen und Anträge zu stellen. Für mich ist dabei oft der Mehrwert nicht erkennbar. Ich bitte Sie deshalb den teilweise nicht unerheblichen, oft zusätzlichen personellen Aufwand zu bedenken.

2. Sach- und Verwaltungsaufwand

Deutlich steigen die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um rund 1,6 Mio. € im Jahr 2026. Dies zeigt, dass die Stadtverwaltung an der Gebäudesanierung, am Erhalt von Straßen, Geh- und Radwege und der Modernisierung der Straßenbeleuchtung dranbleiben möchte. Die personelle Stärkung der Stadtwerke zur schnelleren Erneuerung von Wasserleitungen spiegelt sich beim Straßenbau und bei der Abwasserentsorgung wider. Das Gebäudemanagement hat sich gut etabliert, hat jedoch im technischen Bereich weiteren Personalbedarf. Die Energie- und Reinigungskosten steigen 2026 um rund 300.000 €. Ich komme auf einige Projekte später nochmals zurück.



Die Schwerpunkte der Plochinger Kommunalpolitik liegen weiterhin bei den Themen Kinderbetreuung und Bildung, Klimaschutz mit Wärme- und Mobilitätswende, Integration von Flüchtlingen, städtebauliche Erneuerung und Wohnungsbau, der Erhalt der städtischen Infrastruktur und der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Nach den finanziell guten Jahren müssen diese Schwerpunkte auch in schwierigeren Zeiten konsequent weiterverfolgt werden.

Ich möchte auf die Themen im Einzelnen eingehen:

3. Kinderbetreuung und Bildung

Seit Jahren investieren wir in die Zukunft unserer Kinder und die gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Plochingen hat insgesamt ein gutes Betreuungsangebot, das regelmäßig an die aktuellen Erfordernisse der Eltern und Kinder angepasst wurde. So erfüllen wir die rechtlichen Vorgaben. Die von Ihnen beschlossene Bedarfsplanung und die regelmäßigen Berichte im Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft sind die Grundlage für die Arbeit in der Stadtverwaltung und in den Betreuungseinrichtungen. Zur Sicherung der Betriebsstabilität und der Verlässlichkeit leisten wir uns in einigen Häusern einen Personalschlüssel über den rechtlichen Mindestvorgaben. Das Personaltabelleau ist derzeit stabil, wobei Krankheitswellen immer wieder zu betrieblichen Problemen führen.

Traditionell sind die Kirchen ein wichtiger Partner bei der Kinderbetreuung. Der neue Kindergartenvertrag wurde im Geist dieser gelebten Partnerschaft geschlossen. Doch die finanziellen Probleme der Landeskirchen führten dort zu Veränderungen. Ansprechpartner sind mittlerweile die jeweiligen kirchlichen Bezirkeinstellen. Mittlerweile haben wir den katholischen Kindergarten St. Konrad gekauft, den wir ab 1. Januar 2026 in der bisherigen Betriebsform weiterführen und ab 2028 sanieren und ausbauen werden.

Aus finanzieller Sicht ist die Kinderbetreuung mit Gesamtausgaben im Jahr 2026 von rund 10,5 Mio. € und einem Defizit 8 Mio. € weiterhin der größte städtische Aufgabenbereich. Mittlerweile sind rund 150 Beschäftigte in der Kinderbetreuung tätig.

Diese Verantwortung setzt sich in den Schulen fort. Als Schulträger sind wir für die Schulgebäude inklusiv Hausmeister und Reinigung sowie für die Sachmittel als kommunale Pflichtaufgabe und für die Schulsozialarbeit als freiwillige Aufgabe zuständig. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage hat die Stadtverwaltung die Schulbudgets neu verhandelt und mit den Schulleitungen eine Reduzierung um ca. 250.000 € vereinbart. Für den laufenden Schulbetrieb sind für 2026 rund 5,9 Mio. € bzw. ein Defizit von rund 4 Mio. € veranschlagt.



Plochingen hat die Chancen des Digitalpakts 1.0 gut genutzt und Fördermittel von rund 1 Mio. € eingeworben, bei Eigenmitteln von rund 310.000 €. Mittlerweile sind an den Schulen 1.000 Endgeräte im Einsatz. Die technische Administration der Schulnetze und der zahlreichen elektronischen Geräte sehe ich kritisch. Zum Vorschlag der Stadtverwaltung, eine weitere halbe Stelle bei der EDV zu schaffen, hat der Gemeinderat bislang keine Zustimmung signalisiert. Dies muss noch vertieft beraten werden.

Beim Digitalpakt 2.0 sind die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern gestoppt. Es wird offenbar ein 10%ige kommunale Beteiligung erwartet.

Auch im Doppelhaushalt 2026/2027 ist die Sanierung und Erweiterung von Schulgebäude wieder ein Schwerpunkt.

Der dritte Bauabschnitt bei der Generalsanierung des Gymnasiums ist angelaufen und soll bis Ende 2026 abgeschlossen sein. Im Doppelhaushalt 2026/2027 sind hierfür rund 5,4 Mio. € eingeplant. Die geplante Änderung der Schulbauförderung gibt Anlass zur Hoffnung, dass wir für dieses Projekt nochmals Fördermittel bekommen. Die Stadtverwaltung ist mit dem RP Stuttgart in guten Gesprächen und hat Einnahmen in Höhe von 2,8 Mio. € eingeplant.

Allen Unkenrufen zum Trotz: das Projekt liegt derzeit im Finanzierungs- und Zeitplan. Der dritte Bauabschnitt ist begonnen und soll Ende 2026 fertiggestellt sein. Der Hauptbau ist in Betrieb und die Besichtigung mit dem Gemeinderat hat deutlich gezeigt, dass die sanierte Schule wieder über drei bis vier Jahrzehnte sehr gute Unterrichtsbedingungen bietet; ein großer Erfolg dieses Gemeinderates.

Ab 1. August 2026 muss aufwachsend eine Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich angeboten werden. Deshalb hat der Gemeinderat beschlossen, Panorama- und Marquardschule zur teilgebundenen Ganztagschule zu entwickeln.

Das Land und die Kommunalen Spitzenverbänden haben sich bei der Finanzierung des laufenden Betriebs grundsätzlich geeinigt. Ab 2030 wird das Land 68% der Betriebskosten tragen. Ab 2026 wird das Land aufwachsende Pauschalbeträge gewähren, deren Höhe derzeit noch nicht bekannt sind. Das schafft mittelfristig Planungssicherheit, obwohl das Kleingedruckte dieser Einigung noch nicht bekannt ist. Mit welcher Förderung Plochingen in den Jahren 2026 und 2027 rechnen kann, muss abgewartet und wird über das Änderungsverzeichnis nachgezogen.

Problematisch ist die künftige Ferienregelung. Es fehlen die verbindlichen Vorgaben der Kultusverwaltung. Die Rahmenbedingungen sind noch unklar. Mittel sind im Haushaltsentwurf nicht eingestellt.



Das obere Schulzentrum soll für den Ganzttag ausgebaut werden. Die Planungen wurden mittlerweile aufgenommen. Im Haushaltsentwurf sind insgesamt 5,5 Mio. € eingeplant. Förderbescheide über insgesamt 3,5 Mio. € liegen vor.

Bereits seit 10 Jahren gibt es eine Ganzttagsschule an der Burgschule. Die Anmeldezahlen beweisen: ein Erfolgsmodell. Die Burgschule wurde in das Startchancen-Programm aufgenommen. Dies gibt uns die finanziellen Möglichkeiten, die Räumlichkeiten und somit den Schulalltag zu verbessern. Im Doppelhaushalt sind Ausgaben von 200.000 € und Zuschüsse von 140.000 € eingeplant.

Schulsozialarbeit ist für Schulen mittlerweile unverzichtbar. Der Gemeinderat hat im Juni 2023 dem weiteren Ausbau auf 5,1 Personalstellen zugestimmt. Ursprünglich war hierfür eine Drittelung der Aufwendungen zwischen Land, Landkreis und Kommunen vereinbart. Da die Zuschüsse von Land und Landkreis nicht dynamisiert sind, trägt Plochingen mittlerweile rund 70% der Aufwendungen für diese freiwillige Aufgabe. Die Forderungen aus der Kommunen auf eine Dynamisierung lehnt das Land ab.

4. Klimaschutz, Wärme- und Energiewende

Die Auswirkungen des Klimawandels werden immer deutlicher spürbarer. Hitzewellen, Starkregen und Hochwasser stellen Plochingen vor zusätzliche Herausforderungen. Deutschland und BW haben hierzu Klimaschutzziele formuliert und Plochingen ist Teil der Lösung.

Die Novelle des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes erfordert konkrete Anpassungskonzepte. Zur Entlastung der Kommunen hat der Landkreis die Aufgabe, entsprechende Konzeptionen zu entwickeln. Sobald die Konzeption vorliegt, werde ich im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt berichten.

Plochingen hat hierfür keinen akademischen Ansatz gewählt, sondern trägt mit vielen konkreten Projekten zum Erreichen der Klimaziele bei. Bereits vor 15 Jahren haben wir entschieden, dass die Modernisierung von städtischen Gebäuden mit der energetischen Sanierung verbunden wird. Der Energiebericht dokumentiert eindrucksvoll, dass der Energieverbrauch pro Quadratmeter Nutzfläche deutlich reduziert wurde. Der Haushaltsentwurf schafft die Grundlage für weitere Vorhaben in den kommenden 2 Jahren.

Die Generalsanierungen von Gymnasium und Bauhof leisten Beiträge zur signifikanten Reduzierung von Energie- und Wärmeverbrauch und somit des CO₂-Ausstosses. Bei der Erweiterung der Panoramaschule planen wir ebenfalls mit einem hohen energetischen Standard. PV-Anlagen auf neuen und sanierten Dächern sind selbstverständlich.



Viele größere und kleinere Sanierungen tragen dem Klimaschutz ebenfalls Rechnung, z.B. die Dachsanierungen von Carl-Orff-Kindergarten (170.000 €), Aussegnungshalle Waldfriedhof (200.000 €) und Jugendzentrum (130.000 €).

Aufwind hat der Klimaschutz durch die personelle Stärkung bekommen. Die Erstellung einer Treibhausgasbilanz wird geprüft. Weitere konkrete Vorhaben wie die Schattenallee, zusätzliche Bäume in der Bahnhofstraße oder das Schwammstadtprinzip im Filsgebiet sind auf dem Weg, weitere müssen kommen.

Ein Generationenprojekt ist die Wärmewende. Erster Ansprechpartner der Stadt Plochingen ist die EnBW, mit der wir die Fernwärme in Plochingen ausbauen wollen. Die Ergebnisse der Untersuchung für die kommunale Wärmeplanung sollen im Frühjahr 2026 vorliegen, um hieraus die ersten sinnvollen und wirtschaftlich tragbaren Projekte zu entwickeln, die insbesondere aus der Kundensicht gedacht werden müssen.

5. Verkehr und Mobilität

Entscheidend für das Erreichen der Klimaschutzziele ist die Mobilitätswende.

Das Mobilitäts- und Verkehrskonzept MOVE 2035 mit zahlreichen Maßnahmen ist eine gute konzeptionelle Grundlage. Der ÖPNV wurde mit den Linie 141 und 159 und dem barrierefreien Ausbau zahlreicher Bushaltestelle deutlich attraktiver.

Der Ausbau der Bahnhofstraße ist ein erster Schritt, um die Innenstadt mit unserem guten öffentlichen Nahverkehr fußgänger- und fahrradfreundlich zu verknüpfen. Bis 2035 sollen der Bahnhofplatz neugestaltet und der Autoverkehr über die ausgebauten Eisenbahnstraße an der Innenstadt vorbei gelenkt werden. Im Haushaltsentwurf sind hierzu Planungsmittel in Höhe von 150.000 € vorgesehen. Damit wird der Weg frei, um die Esslinger Straße attraktiv für den Radverkehr auszubauen.

Zum ZOB erhalte ich nach dem Dachabbruch und der Taubenabwehr fast ausschließlich positive Rückmeldungen. Die weitere Modernisierung steht weiter auf der Agenda. Sobald die Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs für den Bahnhofplatz vorliegen, möchte die Stadtverwaltung dieses Vorhaben angehen. Hierfür sind ebenfalls 150.000 € eingeplant.

Die Stadtverwaltung hat im Frühjahr eine Machbarkeitsstudie für eine Fahrradstraße in der Urban- und Johanniterstraße vorgestellt. Die weitere Planung ist beauftragt und wird im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt vorgestellt. Damit ist die Grundlage für eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit geschaffen. Parallel untersucht die Stadtverwaltung – in Abstimmung mit der EnBW – aktuell den Sanierungsbedarf der Straßen und der städtischen Versorgungsinfrastruktur.



Für das Bahnstationsmodernisierungsprogramm II sind 2026 Ausgaben von 160.000 € und Einnahmen von 42.000 € eingeplant.

6. Städtebauliche Entwicklung und Wohnungsbau

Das wichtigste städtische Sanierungsprojekt im Filsgebiet steht unter großem Zeitdruck. Im Bebauungsplan müssen hohe Anforderungen an den Klima- und Hochwasserschutz oder den Immissionsschutz erfüllt und gute Lösungen für die verkehrliche Erschließung gefunden werden. Die Stadtverwaltung und das Planungsteam arbeiten hart, um die Grundlagen für den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan „Filsgebiet - nördlich der Fils“ vorzubereiten. Ich strebe einen Satzungsbeschluss Anfang 2026 an, um den geplanten Baubeginn im Frühjahr 2026 zu schaffen.

Die kontroversen Diskussionen über den Radschnellweg sind ein wesentlicher Grund für die Verzögerungen, da sie die Brückenkonzeption der Stadt Plochingen verzögern. Ich gehe davon aus, dass noch im Jahr 2025 größere Klarheit bezüglich der künftigen Vorzugstrasse des Landes geschaffen wird und die Radschnellwegbrücke vergeben und die Brückenkonzeption realisiert werden kann.

Auch die personelle Lage im Sachgebiet Stadtplanung erfordert den Abschluss der Bebauungspläne im Filsgebiet, denn diese Ressourcen werden dringend für künftige Aufgaben wie die Umsetzung von MOVE 2035, Verbesserungen beim Radwegenetz, für Wohnungsbau oder für die Vorbereitung eines Sanierungsgebiets in der Innenstadt für das Kronenareal bis zum Bahnhof und für die Sanierung der Fußgängerzone benötigt. Derzeit binden die kommunalpolitischen Entscheidungsprozesse sehr viel Personal.

Die Landeswohnbauministerin Nicole Razavi hat in einem aktuellen Schreiben festgestellt, dass „bezahlbarer Wohnraum die soziale Frage der Gegenwart ist“.

Leider gibt es aktuell keinen privaten Wohnungsbau. Ich bin über jeden froh, der den Mut hat, in Wohnungen zu investieren. Die wenigen Unternehmen, die sich auf dieses Risiko einlassen, sollten nicht zur Selbstprofilierung mit kleinkariertem Kritik überzogen werden.

Der Masterplan Wohnungsbau ist eine gute konzeptionelle Grundlage für die weitere Entwicklung. In nächster Zeit müssen wir die Ergebnisse analysieren und die nächsten Schritte planen. Aktuell plant die Pfisterer-Stiftung die Entwicklung des Areals am Ende der Beethovenstraße, kombiniert mit Ansätzen zu einer Wohngemeinschaft. Die Stadtverwaltung stellt Überlegungen für einen Neubau in der Johanniterstraße 8a an. Die Stadtverwaltung sieht insbesondere Bedarf bei kleineren Wohneinheiten. Die aktuellen Baukosten sind jedoch ein Hindernis für sozial verträgliche und marktgerechte Mieten.



Abschließend gestatte ich mir den Hinweis, dass die Entwicklung von Bauland ein bewährtes Mittel zur Finanzierung von kommunalen Investitionen ist, insbesondere wenn die Grundstücke schon im städtischen Eigentum sind.

7. Erhalt der städtischen Infrastruktur

Das neu eingeführte städtische Gebäudemanagement entwickelt sich immer mehr zu einem aktiven Akteur bei der Erhaltung und Modernisierung der städtischen Immobilien sowie beim laufenden Unterhalt. Bei einer steigenden Gebäudezahl steigt jedoch auch der Personalbedarf. Die Stadtverwaltung hat einen Bericht zugesagt, um eine Entscheidung über den künftigen Personalbedarf vorzubereiten.

Der Erhalt der öffentlichen Infrastruktur – Straßen und Straßenbeleuchtung - darf in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht aus dem Blick verloren werden. Insgesamt sind für laufende Maßnahmen 1,2 Mio. € eingeplant. Investiv sind für das Filsgebiet inklusiv Radschnellwegbrücke insgesamt rund 8,76 Mio. € Ausgaben und 5,46 Mio. € Zuschüsse eingeplant. Hinzukommen Mittelansätze für Investitionen in Straßen, Fuß- und Radwege sowie MOVE-2035-Maßnahmen von insgesamt 1,45 Mio. €.

Der Gemeinderat hat beschlossen, die Netzerneuerungsrate der Stadtwerke zu erhöhen und mehr in Wasserleitungen zu investieren. Der Bericht im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt am 7. Oktober hat die Erfolge dokumentiert. Ich möchte diesen Kurs fortsetzen. Im Wirtschaftsplan der Stadtwerke sind deshalb pro Haushaltsjahr 1,5 Mio. € eingeplant, die über Kredite finanziert werden sollten. Außerdem sind für die Montage von PV-Anlagen auf den Hochbehältern insgesamt 500.000 € budgetiert.

Im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung sind 2026 rund 1,75 Mio. € und 2027 rund 2 Mio. € eingeplant, mit dem Schwerpunkt Filsgebiet.

Dabei ist eine gute Abstimmung mit der EnBW für die Modernisierung des Strom- und Gas- und ggf. des Fernwärmenetzes wichtig. Die Leitungsträgergespräche sind mittlerweile standardisiert und bewährt.

8. Integration von Flüchtlingen

Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen aus der Ukraine und der restlichen Welt wird immer mehr auf die Städte und Gemeinden abgewälzt. Schon die gesellschaftspolitische Aufgabenstellung ist überaus herausfordernd und kann nur gemeinsam durch Bund, Land und Kommunen gelöst werden. Unterm Strich entsteht bei der Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen sowie durch die Förderung der Integration 2026 ein jährliches Defizit von knapp 1 Mio. €.

Hinzu kommt der sehr hohe administrative Aufwand, verursacht durch das Anmieten und Verwalten von Wohnungen, der von der Liegenschaftsverwaltung seit Jahren ohne zusätzliches Personal erbracht wird.



In der kommenden AVW-Sitzung ist ein Bericht geplant.

Die Integration der Flüchtlinge wird von einer großen Planungsunsicherheit geprägt. Eine Gesamtkonzeption - wie sie vom Gemeinderat immer wieder gefordert wird - ist aufgrund der sich ständig ändernden Rahmenbedingungen kaum möglich. Der aktuelle Rückgang der Flüchtlingszahlen ist aus Sicht der Stadtverwaltung nur eine Momentaufnahme, der sich auf Plochingen derzeit noch nicht auswirkt.

Da verlässliche Zahlen als Grundlage für eine belastbare mittelfristige Bedarfsplanung fehlen, kann der künftige Wohnraumbedarf kaum kalkuliert werden. Perspektivisch brauchen wir zusätzlichen Wohnraum, um einerseits Flüchtlinge, die teilweise schon seit Jahren in einer Unterkunft leben, eigenverantwortlich eine Wohnung zu geben und andererseits die Anzahl der angemieteten Wohnungen zurückzufahren. Gerade für die alleinstehenden Flüchtlinge brauchen wir Ein-Zimmer-Miet-Appartements, die jedoch auf dem Markt nur schwer zu finden sind.

Die weiteren Plätze in den Unterkünften in der Eisenbahnstraße verschaffen uns aktuell Luft für das laufende und das kommende Jahr. Im Haushaltsentwurf sind als Platzhalter investiv 1 Mio. € eingeplant. Konkrete Projekte müssen noch entwickelt werden.

Hervorheben möchte ich einmal mehr die sehr gute Zusammenarbeit mit dem lokalen Bündnis für Flüchtlinge als wichtiger Partner und die zentrale Anlaufstation Am Markt 8.

9. Zivil- und Bevölkerungsschutz

Die Bedeutung von Zivil- und Bevölkerungsschutz steigt seit einigen Jahren wieder.

Ausgehend vom Risiko eines flächendeckenden Stromausfalls bereitet sich die Stadtverwaltung intensiv auf mögliche Krisenfälle vor. Die Klimaveränderungen mit höheren Anforderungen an den Hochwasserschutz und das Starkregenmanagement, die Daten- und Cybersicherheit sowie der Schutz kritischer Infrastruktur sind mögliche Krisenszenarien. Neben dem Einsatzstab der Feuerwehr wurde mittlerweile auch der Krisenstab der Stadtverwaltung reaktiviert und hat erste Übungen absolviert.

Angesichts der Bedrohungen der NATO-Außengrenzen kommen zusätzliche Aufgaben auf die Kommunen zu. Die Städte und Gemeinden sind auch künftig nicht für die Landesverteidigung verantwortlich. Voraussetzungen für die Transportlogistik werden jedoch vor Ort geschaffen.

Der zeitliche Aufwand für diese wichtige Aufgabe ist in allen Ämtern der Stadtverwaltung deutlich gestiegen, insbesondere jedoch im Ordnungsamt, wo alle Fäden zusammenlaufen. Hier hat sich das Plochinger Modell bewährt, mit einem ehrenamtlichen Feuerwehrkommandanten, der hauptberuflich bei der Stadt beschäftigt ist. Durch gute



und effiziente Strukturen ist es nach meiner Einschätzung möglich, die Ausweitung dieser Aufgabe ohne zusätzliches Personal zu stemmen.

Ein wichtiger Grundpfeiler ist die Freiwillige Feuerwehr, die mit großem persönlichem Engagement die Hauptaufgaben „Retten, Löschen, Bergen, Schützen“ erledigt. Im 1. Quartal 2026 soll die neue Drehleiter geliefert werden, wofür nochmals 250.000 € vorgesehen sind.

10. Zusammenleben in Plochingen

Plochingen hat umfassende kulturelle, musikalische, sportliche und soziale Angebote. Über 70 Vereine haben sich im Arbeitskreis Plochinger Vereine zusammengeschlossen, der am vergangenen Samstag sein 50-jähriges Jubiläum feierte. Die Unternehmen werden von Stadtmarketing Plochingen vertreten. Der Gemeinderat hat vor kurzem die Zusammenarbeit von Stadtmarketing, AKPV und städtischem Kulturamt auf neue Füße gestellt und die Veranstaltungen neu strukturiert. Gleichzeitig wurde eine zusätzliche Stelle als AKPV-Geschäftsstelle und für Veranstaltungen geschaffen.

Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft hat in seiner letzten Sitzung bereits Einsparungen im Kulturbereich beschlossen. Die Stadtverwaltung sieht dies als Herausforderung und möchte – in guter Zusammenarbeit mit den Partnern - durch eine Neuausrichtung von Brückenwasenfest und Weihnachtsmarkt neue, attraktive Wege erkunden. Gleichzeitig wurden die Weichen für die kommenden Jahre gestellt.

Die Stadt unterstützt die Arbeit von AKPV, Stadtmarketing und der Vereine mit laufenden Zuschüssen und Vereine mit eigenem Vereinsgelände mit Investitionszuschüssen. Hierfür sind Mittel eingeplant. Entscheidend sind jedoch Räume. Bei der Sanierung des Gymnasiums wird auch die Turnhalle modernisiert, die danach auch den Sportvereinen wieder zur Verfügung steht.

Spielplätze sind wichtige Angebote für unsere Kinder. Die Unterhaltung wird vom Bauhof gewährleistet. Vor einigen Wochen wurde der neue Spielplatz „Neckarinsel“ ersetzt. 2027 soll der Spielplatz in der Otto-Wurster-Anlage erneuert werden. Hierfür stehen 250.000 € im Entwurf.

Weitere Dienstleistungen für Kinder, Familien und Erwachsene wie Stadtbücherei, Musikschule und VHS werden im Haushalt gesichert.

Wichtig sind gute Angebote für ältere Menschen. Stadtverwaltung, Stadtseniorenrat, Seniorenakademie sowie die Vereine, Organisationen und Kirchen arbeiten hierfür eng zusammen.



11. Finanzielle Gesamtbetrachtung

Der Doppelhaushalt 2026/2027 steht aufgrund der Defizite im Ergebnishaushalt unter Druck, ist jedoch nach Einschätzung der Stadtverwaltung so genehmigungsfähig und letztendlich noch eine gute Grundlage für Investitionen. Deshalb kann aus Sicht der Stadtverwaltung auf Erhöhungen bei der Grund- und Gewerbesteuer verzichtet werden. Im Fokus stehen die Gebühren. Konkret werden wir Ihnen schon im November die Neukalkulation von Wasserzins und Abwassergebühr vorstellen. Die Finanzierung von weiteren Dienstleistungen wird überprüft.

Letztendlich müssen wir unsere Hausaufgaben selbst machen und ich bin sicher, dass am Ende ein stabiler und tragfähiger Haushalt beschlossen wird.

Ich freue mich auf die kommende Haushaltsberatung und übergebe nun das Wort an Frau Beigeordnete Fetzner.

